

Nationales Präventionsgesetz ist endgültig vom Tisch

Die schwarz-gelbe Bundesregierung beerdigt den Gesetzentwurf der Vorgängerregierung ein für alle Mal.

Von Rebecca Beerheide

BERLIN. Die schwarz-gelbe Bundesregierung versenkt die Entwürfe der großen Koalition für ein Präventionsgesetz endgültig im Papierkorb. Dies geht aus einer Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesgesundheitsministerium, Daniel Bahr (FDP), auf eine parlamentarische Anfrage der SPD-Fraktion hervor.

In der Antwort, die der "Ärzte Zeitung" vorliegt, heißt es: "Die Bundesregierung wird den vom Bundesministerium für Gesundheit in der vergangenen Legislaturperiode erarbeiteten Entwurf eines Präventionsgesetzes nicht weiter verfolgen." Union und FDP verfolgten stattdessen eine "nationale Präventionsstrategie". Einen genauen Zeitplan dafür nannte Bahr nicht. Die Bundesregierung setze bei Präventionsprogrammen für Kinder, benachteiligte Jugendliche und Senioren auf die Angebote der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Deren Erfahrungen würden in einer noch zu entwickelnden Strategie münden. Dafür sollen auch "internationale Erfahrungen" analysiert werden.

Der FDP-Gesundheitsexperte kündigt in dem Papier auch eine Langzeitstudie zur Präventionsforschung an, die 2012 beginnen soll. Die Ergebnisse sollten in den künftigen Präventionsbemühungen der Regierung berücksichtigt werden.

Die beiden SPD-Gesundheitsexperten Karl Lauterbach und Angelika Graf warfen der Koalition Tatenlosigkeit beim Thema [Prävention](#) vor. "Alle schwarz-gelben Lippenbekenntnisse zur Stärkung der gesundheitlichen [Prävention](#) sind damit hinfällig", kritisierte Lauterbach. "Es gibt offensichtlich zu der vollmundig angekündigten Präventionsstrategie noch gar keine Planungen oder Aktivitäten", so die SPD-Abgeordneten.

In der vergangenen Legislaturperiode hatten sich Union und SPD nicht auf ein Präventionsgesetz einigen können. Die frühere Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) favorisierte eine Präventionsstiftung, die die Gesundheitsvorsorge steuern sollte. Die Union dagegen präferierte einen Präventionsrat, der nur beratend tätig sein sollte.

Eine große Chance wurde vertan

Von Christiane Badenberg

Ein Präventionsgesetz wird es mit Schwarz-Gelb nicht geben. Das hat die Bundesregierung jetzt offiziell bestätigt. Das ist bedauerlich, denn eine verbindliche und klare Präventionsstrategie wäre angesichts der gesundheits- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte dringend erforderlich. Adipositas, Krebsvorsorge, Infektionsschutz oder Demenz sind nur einige Beispiele, bei denen mit koordinierten Präventionsstrategien viel zu bewegen wäre.

Das Thema ist zu wichtig, um es einigen gut organisierten und mit einem finanziellen Polster ausgestatteten Lobbygruppen oder den Marketingmanagern der Krankenkassen zu überlassen. Trommeln die einen erfolgreich, werden darüber viele andere Patientengruppen vergessen, die keine Lobby haben. Den Kassen geht es hauptsächlich um ihr Image. Vom geschenkten Wok bis zur Finanzierung eines Bauch-Beine-Po-Kurses - alles ist möglich. Was fehlt, ist eine klare Strategie.

So werden weiter viele kleine Programme unabgestimmt nebeneinander existieren. Dauerhaft bewegen wird sich nichts. Die Chance, mit einem Gesetz [Prävention](#) auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik oder auch Verkehrs-, Bildungs- oder Baupolitik zu verankern, ist auf lange Sicht vertan. Schade.